## Der drohende Sturm

In den ersten Septembertagen erlebten wir den Parteitag am Rundfunk mit. Es gab die üblichen antisemitischen Ausfälle des Herrn Rosenberg³, die uralte Gleichsetzung von Bolschewismus und Judentum und eine entsprechende Rede Goebbels'. Dann aber kam zu unserer Bestürzung eine ungewöhnlich grelle antisemitische Fanfare Hitlers⁴. Ich spüre noch jetzt die Stimmung jedes späten September-Nachmittags, als Kurt Friedländer⁵ und ich, nichts Schlimmes ahnend, in unsere Wohnung kamen, wo Eva schon die Rundfunkübertragung aus Nürnberg hörte. Sie stürzte uns tief erregt entgegen, so habe Hitler schon lange nicht gesprochen, die Rede sei ein politisch-antisemitisches Ereignis, ein Signal. Ich wollte das damals noch nicht wahr haben, der Tenor des Parteitages schien mir auf eine Kursänderung in der Judenfrage nicht hinzudeuten. Noch immer hielt Schacht seine Linie, die Juden nicht grundsätzlich von der Betätigung in der Wirtschaft auszuschließen, so sehr diese Linie auch von den Parteiradikalen verbogen wurde.

Die Hitler-Rede hatte die Juden aufhorchen lassen. Bedrückt und sorgenvoll gingen sie in den Gottesdienst der hohen Feiertage. Ich erlebte Jom Kippur<sup>6</sup> in der Synagoge Lützowstraße, wo Baeck<sup>7</sup> in einer meisterhaften Predigt auf die Anwürfe Hitlers antwortete: "Wir hören Worte, beleidigend, quälend, peinigend. Aber in uns tönt laut die Stimme des Schweigens." Selbst Kinder verstanden diese Antwort, wie mir Hilde Grünfeld nach einem Gespräch mit ihrem elf-

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Alfred Rosenberg (1893–1946), seit 1919 Mitglied der NSDAP, Leiter des Außenpolitischen Amtes und Ideologe der Partei, 1941 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, 1946 im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilt und gehängt.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Auf dem "Parteitag der Arbeit" im September 1937 wandte sich Hitler scharf gegen die Juden. In Rußland sei es dem Judentum gelungen, die Macht an sich zu reißen, von Moskau aus bedrohe der "jüdische Weltbolschewismus" die ganze Welt. Die Juden seien eine "durch und durch unbegabte Rasse", die, "wenn sie jemals irgendwo dauern herrschen will, zur baldigen Ausrottung der bisherigen intellektuellen Oberschichten der anderen Völker schreiten" müsse. Max Domarus (Hg.), Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Band 1, München 1965, S. 729.

<sup>5</sup> Kurt Friedländer (1888–1968), Regierungsdirektor in Stettin, nach seiner Entlassung 1933 für die Reichsvertretung der deutschen Juden tätig, 1939 Emigration nach England.

<sup>6</sup> Jom Kippur (Versöhnungstag) stellt innerhalb des j\u00fcdischen Kalenders einen der heiligsten Tage dar, der mit strengem Fasten und Gebet begangen wird.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Leo Baeck (1873–1956), seit 1912 Rabbiner in Berlin, Vorsitzender des Allgemeinen Rabbinerverbandes und ab 1924 Präsident der jüdischen Logen B'nai B'rith, war einer der geachtetsten Repräsentanten des deutschen Judentums. Ab 1933 war Leo Baeck führendes Mitglied der Reichsvertretung der deutschen Juden, ab 1939 Vorsitzender der durch die Gestapo kontrollierten Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. 1943 wurde er in das Ghetto Theresienstadt deportiert, überlebte und wanderte 1945 nach England aus.

jährigen Jungen erzählte. Fünfzehnhundert Menschen verließen die Synagoge aufgewühlt und doch ermutigt. Sie antworteten mit ihrer ungebeugten Haltung, schweigend und doch sehr vernehmlich, auf die töricht-verruchten Vorwürfe, die der tückische Fanatiker wieder einmal seinem Chorus zugebrüllt hatte.

In den letzten Septembertagen fuhren Eva und ich nach Bellagio am Comer See. Wir lasen dort zarte Essays des eben sechzigjährigen Hermann Hesse, dessen "Peter Camenzind" vor zwanzig Jahren für uns das ausgesprochen hatte, was wir in diesen Entwicklungsjahren erlebten. Und wie er formt der Dichter, stark und schön, die Stimmung jenes italienischen Frühherbstes. Er spricht vom Tessin, der dieser Landschaft um den Comer See gleichen mag. Luft und See, der Blick auf die Berge, Vegetation und Landstraßen, Farben und Duft jenes Herbstes – wir atmeten und genossen das alles, als ob es die letzten ruhigen Stunden wären, bevor unser gehetztes Leben uns weiterriß. Nach vierzehn Tagen trennten wir uns. Eva ging mit Erna Lustig nach Palästina, voller Spannung und Erlebnisfreude. Ich fuhr nach Florenz, wo mich leider drei Tage ruhrähnliche Anfälle schüttelten. So habe ich mich dem Eindruck der grandiosen Stadt nicht ganz hingeben können. Ich schrieb Euch damals, trotz allem dankbar für das große Erlebnis.

Schon in Deutschland hatte ich von einem Film gehört, der auf der Biennale in Venedig preisgekrönt wurde "La grande illusion"8. In Deutschland war er natürlich verboten. Ich las in Florenz, daß er gerade in Zürich gespielt wurde; ich mußte ihn sehen, und zählte immer wieder meine letzten Lire zusammen. Würde ich eine Übernachtung sparen und ununterbrochen 3. Klasse von Florenz bis Zürich fahren, so konnte ich den Umweg gerade noch finanzieren. Im Zuge saßen junge italienische Soldaten, die sich mit einem "a rividere in Espagna" [Auf Wiedersehen in Spanien<sup>9</sup>] auf dem Bahnhof von ihren Freunden verabschiedeten. An einem Sonntagmorgen kam ich ziemlich zerschlagen in Zürich an. Am Nachmittag saß ich im Kino und sah "La grande illusion". Äußerlich ein Film, der von französischen Offizieren in deutscher Kriegsgefangenschaft und ihrer abenteuerlichen Flucht zurück in den Krieg berichtet. Nach dem Willen des großen Regisseurs Renoir, der ein Sohn des Malers ist, ein Dokument der Menschlichkeit und der Einsicht in die übernationalen Zusammenhänge der Gesellschaft. Ein französischer adliger Fliegeroffizier begegnet ei-

<sup>8</sup> Der von Jean Renoir 1937 mit Erich von Strohheim, Jean Gabin, Pierre Fresnay und Dita Parlo gedrehte Film gehört zu den Klassikern des französischen Vorkriegskinos. Der Film löste heftige Kontroversen aus und wurde bezeichnenderweise 1937 in Italien und Deutschland wegen pazifistisch deutschfeindlicher, nach Kriegsausbruch in Frankreich wegen pazifistisch deutschfreundlicher Tendenz verboten.

<sup>9</sup> Seit dem Putsch einiger Generäle unter Franco gegen die rechtmäßige Regierung 1936 herrschte in Spanien Bürgerkrieg. Obwohl die europäischen Mächte das Prinzip der Nichteinmischung proklamierten, unterstützten Deutschland und Italien mit massiver Hilfe, u. a. auch mit italienischen Soldaten, die francistische Seite. Die Republikaner erhielten in weit geringerem Maße Hilfe aus der Sowjetunion und durch den Einsatz der Internationalen Brigaden.

nem deutschen adligen Flieger; Feinde, die sich eben noch heruntergeschossen haben, werden Freunde. Sie haben die gleiche Erziehung, die gleiche Auffassung von Beruf und Leben, die gleiche kühle Nichtachtung des bürgerlichen Elements, das dieser Krieg hat emporkommen lassen. Sie wissen, daß die Rolle des Adels ausgespielt ist in beiden Ländern, wie der Krieg auch immer ausgehen möge. Schultz und Cohn, wie wir sagen würden, beherrschen das Feld. Hier sind die beiden Bürger französische Reserveoffiziere, der kleine jüdische Bankier Rosendal und ein ungeschliffener Naturbursche, dargestellt von dem prächtigen Jean Gabin. Die halten es im Lager nicht mehr aus. Sie hören von Douaumont, von seinem Fall und seiner Wiedereroberung, sie sehen durchs Lagergitter das deutsche Elend, das der Krieg heraufbeschwört; sie kennen die Gefahr der Flucht, aber sie fliehen, und ihr adliger Kamerad opfert dieser Flucht in müder, morbider Gelassenheit sein Leben. Frierend stapfen sie krank und gehetzt durch den badischen Schnee; der kleine Jude bricht verzweifelt zusammen. Als sie endlich Schweizer Boden erreichen, umarmt der grob-knochige Jean Gabin den "sale Juif" ["dreckigen Juden"]:

"Warum gehen wir eigentlich in diesen Krieg zurück?"

"Weil ich hoffe, daß es der letzte ist."

"Ich glaube, das ist eine große Illusion."

Niemals, vorher und nachher, hat mich ein Film so gepackt wie dieser. Es war nicht die Darstellungskunst und nicht die Atmosphäre von 1917, die der Künstler Renoir in lebendiger Wirklichkeit nachgeschaffen hat, nicht die Tendenz des Films, die mich so aufwühlte. Hundert Erinnerungen jagten einander: Dein und mein Leben im Krieg, unser langsames Zueinanderkommen, die Trennung, Oels, Kaboth, der Sommer 1918, die Offensive und Kaboths Tod, der triste Oktober, der regnerische November und seine schwunglose Revolution, Rostock und alles, was nachher kam: mein bescheidener Kampf gegen die inneren Friedensstörer und die frühe Erkenntnis, daß hinter der deutschen Reaktion wieder der Krieg marschiert.

Ich ging durch die Züricher Straßen, die ich wie durch einen Schleier sah. Am Quai lag noch immer, schmutzig und ärmlich wie vor dreizehn Jahren, das "Hotel de la Couronne", in dem wir damals übernachtet haben. Erinnerst Du dich noch an unseren Weg von Sohrau nach Orzesche? Ich habe Dir damals klar gesagt, daß das letzte Motiv meines Kampfes gegen die antisemitischen Horden der Wunsch war, den Krieg gegen den Krieg auf meine Art zu führen. Das war 1924. Hitler saß in Festungshaft. Wer damals von einer schwelenden Gefahr gesprochen hätte, wäre als naiv oder als politischer Phantast verlacht worden. Und ich hatte doch recht. Jetzt, 1937, tobte der Krieg in Spanien. Der Mann aus der Festung Landsberg hält die Welt in Atem und die große Illusion, daß dieser Krieg der letzte war, ist zerstoben.

Am nächsten Tag besuchte ich den früheren Staatssekretär des Preußischen Innenministeriums, Dr. Wilhelm Abegg, der in einem Züricher Anwaltsbüro einen bescheidenen Platz hatte. Von 1930 bis 1932 habe ich als Mitglied eines Ausschusses der Preußischen Regierung gemeinsam mit ihm vergeblich versucht,

die nationalsozialistische Gefahr niederzukämpfen. Wie oft haben wir getagt, Regierung, Parteien, Gewerkschaften und verfassungstreue Verbände. Aber diese Republik hatte nicht den Mut zu ihrer Verteidigung. Noch klingt mir Abeggs Bericht in den Ohren: Der preußische Finanzminister Höpker Aschoff habe es abgelehnt, Etatmittel für den Kampf gegen den Nationalsozialismus bereitzustellen. Er habe keine Lust, vor den Staatsgerichtshof des Dritten Reiches zu kommen. Nach dem Reichstagsbrand war Abegg mit gutem Grund in die Schweiz geflüchtet. Göring versuchte ihm den Prozeß zu machen, weil er Mittel des Polizeietats zur geistigen Auseinandersetzung mit Hitler verwendet hatte. Müde und angeekelt lebte der Staatssekretär in Zürich. "Vielleicht kommt der Umschwung in diesem Deutschland einmal über Nacht. Aber ich gehe nicht mehr zurück, ich will unter anständigen Menschen begraben sein."

Am Abend kam ich nach Freiburg, unserem geliebten Freiburg, in dem wir vor mehr als anderthalb Jahrzehnten zum ersten Mal den Hauch des deutschen Südens gefühlt haben. Diesem alten Freiburg wollte ich nachspüren, unser Jungsein wiederfinden. Dort in den Straßen, wo die offenen Kanäle an die Bürgersteige plätschern, am Münsterplatz und am Theater, an der Universität und in der Kneipe oder draußen auf dem "Schauinsland", da müßte ich es ja noch greifen können, jenes Stück Leben, das wir dort so stark und bewußt gelebt haben. Am Bahnhofsplatz vermeldet ein Transparent, das Alfred Rosenberg tags zuvor auf dem Münsterplatz gesprochen hat. Da war sie wieder - die Wirklichkeit von 1937! Ich schlich bedrückt an den Hoteleingängen vorüber, nach dem Schild ausschauend, das Juden den Zutritt verbietet. In einem kleinen Gasthaus "Zum Salmen" kam ich unbehelligt unter. In den abendlichen Straßen suchte ich die alten Läden. Die meisten legten Wert darauf, als "deutsches" und "arisches" Unternehmen zu gelten, und die schönen jüdischen Geschäfte zeigten völlig ungewohnte Namen. Im Café "Kopf", dessen Gobelins Ernst Goldschmidt damals in einem Bierdrama hatte lebendig werden lassen, verbot mir ein Schild den Eintritt.

Der Münsterplatz ist stockdunkel. Gestern, so hatte ich im Gasthaus gelesen, hatten die Bürgerhäuser rundum alle Fenster spontan mit Kerzen erleuchtet. Nur ein Haus sei symbolhaft finster geblieben: das bischöfliche Palais. Wird es der Münster-Weltanschauung etwas anhaben, wenn ein Rosenberg mit seiner Pseudo-Nietzsche-Haltung gegen sie anrennt? Ich glaube nicht, daß sich das "germanische Weltbild" tief in die Köpfe der deutschen Menschen gesenkt hat. "Der Mythos" wird nachgesprochen, nicht erlebt, und doch scheint es im Augenblick so, als ob vor der mythisch verkleideten Knüppelherrschaft der wahrhaft katholische Geist verstummt sei. Ich lese den Lebenslauf des neuen Freiburger Oberbürgermeisters: Ein Hergelaufener wurde von Hergelaufenen auf den Magistratssessel erhoben, und der Bischof, die Universität und die urkatholische Bevölkerung haben geschwiegen. Trotz des Dunkels glaube ich, die Teufelsfratzen der Wasserspeier grinsen zu sehen: sie spotten höhnisch über diese Zeit und ihre Menschen.

Als ich im Meyerhof Freiburger Erinnerungen aufdämmern lassen will, finde ich dort statt der Studenten eine Horde SA-Leute. Ich habe in diesem Freiburg kaum noch etwas zu suchen. Vielleicht finde ich es draußen auf dem "Schauinsland" wieder, auf dessen Gipfel jetzt eine Schwebebahn führt. Am dunstigen ersten Januar 1920 sind wir mit Emils Vater dort hinaufgezogen, und als wir aus dem Gehölz auf ein Bergplateau kamen, lag plötzlich eine merkwürdig ferne Wolkenkette vor uns. Eine eiserne Schautafel sagte, daß diese Wolkenkette das Alpenpanorama war. Da standen wir, unserer ersten Begegnung mit den so oft erträumten Alpen bewußt, standen still und erlebten einen Augenblick der Weihe, fast die Scene, die unser Schullesebuch im "Hans Euler" schildert. Das alles wollte ich wieder suchen: den Alpenblick und die reine Stimmung des ersten Januar 1920.

Am Ausgang der Schwebebahn fällt mein Blick auf einen Zeitungsstand. Ein ungewöhnlich dicker Ballen, wohl 200 Stück des "Schwarzen Korps"10 vom 14. Oktober 1937 drängt seine Schlagzeile auf: "Den Juden wird geholfen." Ich setze mich gespannt, voll böser Ahnung auf eine Bank und überfliege den Aufsatz. In frechem Zynismus wird die wirtschaftliche Lage der Juden gezeichnet. Der deutsche Kaufmann arbeite als Glied des Volksganzen zum Nutzen des Volkes, der Jude aber schöpfe die Sahne der nationalsozialistischen Konjunktur ab, ohne Verpflichtung gegen das deutsche Volk, nur zu seinem persönlichen Vorteil. Das können so nicht weitergehen. Und nun folgte ein Programm systematischer Eingriffe in die wirtschaftliche Betätigung der Juden: Keine Gewerbefreiheit mehr, keine gleiche Behandlung bei Zuteilung staatlich kontingentierter Rohstoffe oder Waren und selbstverständlich Boykott auf der ganzen Linie. Ich merke auf: das sind keine Wunschvorstellungen, das ist ein fürchterliches Programm. Das also war der Sinn jener scharfen Führerrede! Jetzt soll es ans Mark der jüdischen Existenz gehen, an den Wirtschaftstorso, der uns nach 41/2 Jahren Nationalsozialismus noch geblieben ist. Das Abendläuten hat begonnen.

Auf dem Plateau ist gute Sicht, aber die Alpenkette ist verhangen. Auch bei klarem Wetter hätte ich sie heute nur wie durch einen grauen Schleier gesehen. "Den Juden wird geholfen", hat das "Schwarze Korps" gehöhnt. "Den Juden wird geholfen…" Plötzlich knattert es auf den Bergen unter mir: Maschinengewehrübung! Es kracht und hämmert von allen Seiten –Sinnbild meiner, unserer Lage. Vor 18 Jahren haben wir hier um pazifistische Probleme gestritten, Kants "Vom ewigen Frieden" nachgeträumt und gehofft, daß Demokratie "Nie wieder Krieg" bedeutet. Es war eine große Illusion.

Hier hält mich nichts mehr. Ich weiß, daß ich dieses Freiburg nicht mehr wiedersehen werde, so lange die Maschinengewehre in den Händen derer sind, die nach dem billigen Sieg über wehrlose Juden gegen die Welt anstürmen werden. Ich will später unten in der Stadt noch eine Tasse Kaffee in unserem alten "Bir-

<sup>10</sup> Das "Schwarze Korps" war die Zeitung der SS.

linger" trinken; aber wieder pralle ich zurück: An einer spanischen Wand hängt das ominöse Schild. Man bringt es nicht draußen am Schaufenster an, Juden sollen ruhig den Laden betreten und am Kuchentisch ihre Einkäufe machen; aber daß sie sich setzen und mit den anderen gemeinsam ein Stück Torte verzehren, das verbietet "die Weltanschauung". Noch einmal zur Katharinenstraße 18, in unserer alten Kneipe mit ihren Konventen, wo die heißen Köpfe gegeneinander tobten und meine Biermimik belacht wurde. Nichts erinnert mehr an die 30 Jahre, in denen unsere "Innung" da gelebt hatte.

Am nächsten Morgen bin ich wieder in Berlin. Die Kollegen bestätigen meinen Eindruck: Eine neue Welle mit dem Ziel, uns aus der Wirtschaft herauszuschwemmen, ist abgelassen worden; sie wird uns überfluten. Der Einfluß Schachts ist gebrochen, Göring und sein Vierjahresplan-Büro sind Diktatoren der deutschen Wirtschaft. Ihm mögen die Juden ziemlich gleichgültig sein, aber er macht seine Verbeugung vor den Radikalen, und gerade er dringt besonders auf die Entfernung aller jüdischen Handelsvertreter aus Auslandspositionen. Vorstellungen, daß der Export darunter leiden muß, sind zwecklos. Selbst Krupp entläßt seine bewährten jüdischen Agenten im Ausland.

Unsere Eingaben an das Wirtschaftsministerium werden nun nicht mehr beantwortet. Die halbstaatlichen Wirtschaftsverbände beginnen, die Kontingente der jüdischen Firmen zu kürzen. Noch sind die Beschränkungen maßvoll; ein offizieller Erlaß des Wirtschaftsministeriums empfiehlt Kürzung um zehn Prozent<sup>11</sup>. Aber der Anfang ist getan; das gleiche Wirtschaftsministerium, das bisher die Juden in der Wirtschaft belassen wollte, trifft nun die ersten offiziellen Maßnahmen für ihre Ausschaltung. Die Partei rührt sich. Aus dem ganzen Land kommen Klagen über verstärkte Boykottaktionen. Dabei ist 1937 auch für die Juden ein wirtschaftliches Erfolgsjahr, besonders in dem Restteil der jüdischen Textilindustrie ist der Umsatz gewachsen. ein bekannter Fabrikant sagte mir, daß er jetzt an die Erweiterung seiner Fabrik denken könnte, wenn nicht...

Ich höre das Abendläuten. In unserer Wohnung trifft sich unser Präsidium, und ich gebe ein Bild der kommenden Entwicklung. In einem Jahr, so meine ich, wird, nachdem die Ausschaltung kommandiert ist, dem jüdischen Einzelhandel "geholfen" sein; er wird bis auf Ghettogeschäfte nicht mehr existieren. In zwei Jahren spätestens wird der jüdische Großhandel, werden die wenigen jüdischen Industriebetriebe verschwunden sein. Ich bin skeptisch, ob Abhilfe noch möglich ist, nachdem der "Führer" selbst die Parole auf dem Parteitag gegeben hat.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Der nicht veröffentlichte Erlaß des Reichswirtschaftsministeriums über die Kürzung der Rohstoffzuteilungen an jüdische Unternehmen um 10% stammt von Anfang 1938. Joseph Walk (Hg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Karlsruhe 1981, II 397.

Hirschberg<sup>12</sup> und ich entwickeln, von unseren Vorschlägen selbst nicht recht überzeugt, Anregungen zur Abwehr. Ich gestehe offen, daß ich "ausgebrannt" bin und wirkungsvolle Mittel nicht mehr kenne. O. H.<sup>13</sup>beurteilt die Lage so wie ich. Niemand ist mehr optimistisch.

Eva kehrt aus Palästina zurück und schon nach zwei Tagen hat sie den Eindruck, daß es mit den Juden in Deutschland zu Ende geht. Noch widerspreche ich ihr. Hinter diesem Widerspruch steht die furchtbare Erkenntnis, daß 350 000 Menschen jetzt noch auf den Trümmern der alten, ehemals so festen Wirtschaftssubstanz leben, aber nicht mehr leben können, wenn diese Trümmer beseitigt sind. Auswanderung, die ja nur tropfenweise möglich ist, schafft keine Lösung, Palästina kann die Rettung auch nicht bringen; das sieht auch Eva, die trotz ihrer starken menschlichen, landschaftlichen und Stimmungseindrücke um die begrenzte wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit und krisenbelastete Zukunft des kleinen Landes weiß. Alles in mir bäumt sich gegen die Erkenntnis auf, daß es zu Ende geht, und sie wird mit jeder Woche doch stärker. Zu Ende mit dem deutschen Judentum! Generationen hatten mit Fleiß und Umsicht den wirtschaftlichen Unterbau geschaffen, der das stolze Haus des Geistes und der wirkenden Menschenliebe trug, das für uns deutsches Judentum bedeutet. Mit jedem Stein, der aus dem tragenden Grund herausgebrochen wurde, sinkt eine Stütze. Wie lange noch, und der stolze Bau muß zusammenbrechen!

Kassandros erscheint im Büro. Ich habe diesen Spitznamen einem höheren jüdischen Beamten außer Diensten gegeben, weil er die Welt durch die Brille seiner nationalsozialistischen Freunde sieht. Deshalb erscheint ihm die Vernichtung der Juden von jeher so unaufhaltsam wie der fortgesetzte Machtzuwachs Hitlers. Er berichtet von Beschlüssen der Partei, die den Endkampf gegen die deutschen Juden bestätigen. Um die Weihnachtszeit werde es Ruhe geben, dann aber werde man mit doppelter Energie losschlagen.

Schacht resigniert. Seine Abdankung als Reichswirtschaftsminister bestätigt nur die Praxis der Entsagung, die er in der Führung der Ministerialgeschäfte seit August geübt hat. Das Ministerium wird unter Göring neu besetzt, die Leitung der sogenannte Störungsstelle dem Ministerialrat Dr. Hoppe entzogen. Der schwächliche Mann ist für uns niemals eine wirksame Stütze gewesen; jetzt aber bricht selbst dieser schwache Stecken. Unsere Freunde aus dem Rheinland, sämtlich in Zentren jüdischer Textilindustrie tätig, regen eine Wirtschaftsen-

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Dr. Alfred Hirschberg (1901–1971) war seit 1920 in der Leitung des Berliner C.V. tätig, wurde 1933 gemeinsam mit Hans Reichmann geschäftsführender Syndikus des C.V. und war Chefredakteur der C.V.-Zeitung. Auch er wurde im November 1938 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Hirschberg emigrierte 1939 über Frankreich nach England und wanderte ein Jahr später nach Brasilien aus.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Dr. Otto Hirsch (1885–1941), Rechtsanwalt und Ministerialrat im württembergischen Innenministerium, wurde nach seiner Entlassung 1933 geschäftsführender Vorsitzender der Reichsvertretung der deutschen Juden (später: Reichsvertretung der Juden in Deutschland) und bildete gemeinsam mit Leo Baeck deren Führung. 1941 wurde Otto Hirsch in das KZ Mauthausen deportiert und dort ermordet.

quete an. Sie soll erweisen, daß die Fortexistenz des jüdischen Wirtschaftssektors allgemein-wirtschaftlich notwendig ist. Ich widerspreche, weil die Umfrage mir zwecklos erscheint. Im Januar begibt sich mein Kollege Plaut gleichwohl auf die Reise. Er findet im Rheinland, in Westfalen, in Sachsen, Hamburg und Schlesien noch intakte jüdische Unternehmen vor. Die Kontingent-Kürzung hat bisher noch nicht wesentlich geschadet; aber jedermann fragt, ob der 10 % nicht bald eine 20- oder 50-%-Kürzung folgen würde – dann seien die Betriebe nicht mehr zu halten. "Gute Freunde" melden sich bei den Juden. Es sei doch besser, das Unternehmen rechtzeitig an wohlwollende Freunde, als geschwächt und unter Druck an Fremde abzugeben.

Die jüdischen Privatbanken haben einen Wink bekommen, sich gleichzuschalten. Sie alle stehen in Verkaufsverhandlungen, eine nach der anderen wird "arisiert", und die glanzvollen Namen verschwinden. An ihrer Spitze Warburg, der Name, der für jüdisches Wirtschaftsführertum in Deutschland geradezu symbolhaft war. Vor ein paar Jahren hatte ein deutscher Reichskanzler dem hervorragenden Mitglied des Hauses Warburg, Dr. Karl Melchior, von der Reichstagstribüne dafür gedankt, daß er in Deutschland in allen Reparationsverhandlungen würdig und erfolgreich vertreten hatte. Entscheidende Entwicklungsphasen der deutschen Schiffahrt und Schwerindustrie sind mit dem Namen Warburg verbunden.

Aber nun sind Juden im deutschen Bankwesen nicht länger "tragbar". Warum? Die Treiber werden um eine vernünftige Antwort verlegen sein. Aber die deutsche Schiffahrt und Schwerindustrie lassen sie gleichwohl gewähren. Hirschland-Essen, Aufhäuser-München und die alten Berliner Banken Mendelssohn, Arnold (Bleichröder), Dreyfuss, Jacquier & Securius werden "arisiert". Ihre Inhaber führen die Häuser in zweiter, dritter, fünfter Generation, und jeder Name spricht zugleich von gemeinnützigen Stiftungen, Kunstpflege und persönlichem Dienst für Stadt und Volk. Den verstorbenen Bankier Eugen Panofsky, Mitinhaber von Jacquier & Securius, hatte die Stadt Berlin zum Dank für langen Ehrendienst mit dem Titel "Stadtältester" ausgezeichnet. Neben seinem Grab in Weissensee gedenkt eine Tafel eines gefallenen Sohnes. Ihre Inschrift zeugt von der Gesinnung, in der die Familie den Verlust trug: "Das Vaterland darf jedes Opfer fordern".

Den zweiten Sohn des Stadtältesten, Alfred Panofsky, den letzten Mitinhaber der Bank, lädt die Gestapo vor. Hatte irgendein Spitzel seine Tätigkeit als Schatzmeister des Centralvereins verdächtigt, wollte die Polizei die schwebenden Verhandlungen über den Verkauf der Bank einschüchternd beeinflussen. Ohne ein Wort der Begründung verlangte sie die Herausgabe des Passes. Dann nahm der junge Beamte den Lebenslauf Panofskys auf und fragte unvermittelt: "Was machen Sie eigentlich in Deutschland?" – "Was ich mache?" – Die dummfreche Frage verschlägt dem Vorgeladenen fast die Sprache "Ich bin Bankier..." – Jedesmal, wenn ich jetzt an dem Familiengrab vorübergehe, buchstabiere ich die Worte der Gedenktafel: "Das Vaterland darf jedes Opfer fordern." Aber die Buchstaben tanzen mir höhnend davon und wollen sich zu keinem an-

deren Wortsinn mehr zusammenfügen als zu der zynischen Frage: "Was machen Sie eigentlich in Deutschland?".

Versuche, an die neuen Herren des Wirtschaftsministeriums, die wehrwirtschaftlich geschulten Offiziere, heranzukommen, scheitern. Wenn sie hier und da gelingen, hören wir nichts Tröstliches. Der Umfang der jüdischen Wirtschaft ist nicht mehr interessant genug, um unter Risiken verfochten zu werden. So beherrschen die Parteiradikalen das Feld.

In den ersten Februartagen 1938 bin ich in Essen und Aachen. Es kriselt um Blomberg. In Aachen, wo ich mit den jüdischen Tuchfabrikanten zusammenkomme, erreicht mich die Meldung von seiner und Fritschs Absetzung<sup>14</sup>. War das eine Militärrevolte? Gewiß nicht. Nur eine leichte Spannung zwischen Herrn Hitler und einigen ruhig urteilenden Generalen, die vor den Unternehmungen des Jahres 1938 gewarnt hatten. Mit einem Federstrich waren sie abgesetzt, und schon standen an ihrer Stelle, stolz auf die vergoldeten Achselstücke und die neuen Sterne, andere Männer, die für ihre wandlungsfähige Haltung die nötige Ideologie rasch bereit hatten. Der trotzende General Yorck ist lange tot, und der unbedingte militärische Gehorsam gilt auch dann noch als hohe Soldatentugend, wenn der Befehl eines manischen Emporkömmlings das Volk in Abenteuer und das Land vielleicht in die Vernichtung stürzt.

Auf der Gasse ist man glücklich, daß man einmal ohne Angst vor dem "KZ" einen "von ganz oben" bereden darf. Die Gestapo und die Propagandastellen des Staates haben Schlammfluten in die Kanäle der Flüsterpropaganda geschleust, und vorschriftsmäßig empören sich der deutsche Familienvater und die tugendsame deutsche Hausfrau über die schlüpfrigen Geschichten aus dem Vorleben der "Frau Generalfeldmarschall" – nicht ohne sie sich vorher mit Behagen zugeraunt zu haben. Darüber vergaß das deutsche Volk, das gleichzeitig – ganz nebenbei – mehr als ein Dutzend andere Generale "gegangen" worden waren.

Schacht ist fort, die ruhiger denkenden Generale hemmen nicht mehr, die Bahn für alle Abenteuer ist frei. Gauleiter und Gauwirtschaftsbeauftragte, Kreisleiter und Kreiswirtschaftsbeauftragte und die Obleute der deutschen Ar-

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Da maßgebliche Teile der nationalkonservativen Militärelite Hitlers Kriegsplänen skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, nahm dieser die von Himmler und Göring gezielt gestreuten Gerüchte über die Vermählung des verwitweten Reichskriegsministers und Oberbefehlhabers der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Werner von Blomberg, mit einer jungen Frau mit angeblich anrüchiger Vergangenheit zum Anlaß, um Blomberg im Januar 1938 zum Rücktritt zu zwingen. Gefälschte Dokumente über homosexuellen Umgang führten gleichfalls zum Sturz von Generaloberst und Oberbefehlshaber des Heeres Werner von Fritsch. Hitler übernahm anschließend selbst den Oberbefehl über die Wehrmacht, löste das Reichskriegsministerium auf und ernannte General Wilhelm Keitel zum Chef des neu geschaffenen Oberkommandos der Wehrmacht. Trotz der erkennbar falschen Beschuldigungen und entwürdigenden Ermittlungen hatte sich kein Widerstand innerhalb der Generalität gegen die Absetzung der beiden Offiziere gerührt.

beitsfront wissen, daß die jüdischen Unternehmer nun Freiwild sind. Niemand mehr würde sie hindern, die jüdischen Wirtschaftler zu Tode zu hetzen. In Breslau zum Beispiel wütete der Gaubeauftragte für Handel und Handwerk, Herr von Streitschwert. Jeder jüdische Fabrikant, jeder Inhaber eines wertvollen Geschäftes zitterte, vor ihn zitiert zu werden. Dann wurden rasch Käufer präsentiert oder "im Interesse der Belegschaft" ein Treuhänder eingesetzt, für den ein Gehalt von tausend Mark monatlich erpreßt wurde. Es handelte sich immer um die gleichen Kumpane des von Streitschwert, die er als Treuhänder anbot; darunter war ein Königshütter Bursche namens Nowack. Gelegentlich ließ von Streitschwert seine Opfer durch die Breslauer Gestapo einsperren, um sie weich zu machen. Unter dem Druck der Haft war jeder Preis herauszuschlagen. Wie Schlachttiere in ihrem Stall saßen die Breslauer jüdischen Kaufleute verängstigt in ihren Büros, immer nur von der gleichen Frage gequält: "Wann werde ich gepackt und vernichtet?"

Der Inhaber eines bedeutenden Textilunternehmens Michaelis, der auch zum Zweck der Gleichschaltung verhaftet worden war, stürzte sich im Breslauer Polizeipräsidium aus dem Fenster. Zwei Stunden später läutete von Streitschwert den Anwalt des Hauses. Dr. Lion-Levy an und forderte die Einsetzung eines Treuhänders. Der Rechtsanwalt appellierte an das menschliche Empfinden des von Streitschwert: er könne doch der alten Mutter und Erbin des eben Verstorbenen in diesem Augenblick nicht mit geschäftlichen Vorschlägen kommen. Aber der Freibeuter bestand auf einer Frist von zwei Stunden. Auf dem Weg über H. brachte ich diese Ungeheuerlichkeit zur Kenntnis des Stabes Heß15, der dem von Streitschwert durch das Reichswirtschaftsministerium einen leisen Dämpfer versetzen ließ. Der Erfolg: der Treuhänder Nowack erschien kurz darauf bei den jüdischen Erben, erzählte offen vom Eingreifen des Ministeriums. das andere Methoden wünsche, und offenbarte dann die lautere Wirtschaftsgesinnung des echten Nationalsozialisten: "Wenn die da oben es jetzt anders wollen -meinetwegen. Aber nach meinem Vertrag mit Ihrer Firma habe ich einen Anspruch auf tausend Mark monatlich. Das ist eine privatrechtliche Forderung, die kann mir keiner nehmen, nicht wahr?" Seit jenen Februartagen riet ich jedem jüdischen Unternehmer zum Verkauf.

Die Stimmung aller Sehenden und die des breiten jüdischen Publikums sank täglich. Tief niederdrückend war der Kampf jüdischer Kaufleute und Fabrikanten, denen Partei und Arbeitsfront ihre blühenden Unternehmen zu einem

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Rudolf Heß, einer von Hitlers frühesten und ergebensten Mitarbeitern, wurde im April 1933 zum "Stellvertreter des Führers" ernannt, um Hitler von den Parteiaufgaben zu entlasten. Der Stab Stellvertreter des Führers bildete die Zentrale der NSDAP, aus der sich später die von Martin Bormann geleitete Parteikanzlei entwickelte. Rudolf Heß flog im Mai 1941 nach England, um in einer "heroischen Einzeltat" England vergeblich zu einem Bündnis mit dem Deutschen Reich zu bewegen. Heß wurde 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilt und starb 1987 im Spandauer Gefängnis.

Schleuderpreis abpreßten. Sie rangen mit sich, ob sie Bettelsummen für alte, erfolgreiche und noch immer nicht geschwächte Geschäfte und Fabriken nehmen sollten. Mit dem Erlös sollten sie Deutschland verlassen; aber der Sperrmarkkurs wurde gleichzeitig auf einen lächerlichen Betrag manipuliert, – wenn ich nicht irre, auf etwa 12 %, – immer noch das Doppelte dessen, was das generöse Reich den ausgeplünderten Juden jetzt gibt<sup>16</sup>.

Da um diese Zeit mein Paß ablief, entschloß ich mich, ihn noch einmal für eine Auslandsreise auszunutzen. Pässe wurden an Juden nur noch in wenigen Ausnahmefällen erteilt<sup>17</sup>. Selbst Kinder, die im Ausland erzogen wurden, weil Deutschland ihnen den Schulbesuch verwehrte oder zur Qual machte, durften nur mit Genehmigung der Gestapo nach Deutschland zum Ferienbesuch zurückkehren. Ihre Eltern aber erhielten keinen Besuchspaß für eine Reise ins Ausland. Eingaben der Reichsvertretung, diesen Schulkindern wenigstens die Rückkehr für die Ferienzeit zu gestatten, führten zu haarspalterischen Erörterungen. Aus den Vorschlägen der Reichsvertretung wurden bedeutungslose Zugeständnisse und der Kinderbesuch, der ursprünglich für die Schüler unter 16 Jahren großmütig erlaubt werden sollte, ist niemals expressis verbis eingeräumt worden.

Die Einziehung von Pässen, die in Süddeutschland längst durchgeführt war, wurde schließlich systematisch auf ganz Deutschland ausgedehnt. Das war ein Druckmittel an der verwundbarsten Stelle der Juden angesetzt. Eltern durften ihre Kinder nicht wiedersehen, es sei denn, sie entschlossen sich, ihnen nachzuwandern. Das war der Sinn jener teuflisch ersonnenen Paß-Verweigerung. Sterbende Eltern riefen ihre Kinder aus dem Ausland zu sich; aber die Grenzpolizei verweigerte ihnen, weil sie ausgewandert waren, den Eintritt nach Deutschland in das Sterbezimmer des Vaters. Jedesmal, wenn ich Kinder in eine unbekannte

Wollten deutsche Juden auswandern, hatten sie eine Vielzahl von Abgaben und Sondersteuern zu entrichten. Die Summe, die dann doch übrig blieb, durfte nur zu einem extrem niedrigen, sich nahezu täglich zuungunsten der jüdischen Auswanderer verändernden Sperrmarkkurs in Devisen umgetauscht werden, der im September 1939 nur noch bei 4% lag. Der übrige Löwenanteil mußte auf ein Konto der reichseigenen Golddiskontbank eingezahlt werden, weshalb dieser Tribut häufig auch "Golddiskontabgabe" genannt wurde; vgl. dazu das Kapitel "Die finanzielle Ausplünderung der jüdischen Eigentümer" in: Frank Bajohr, "Arisierung" in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischer Unternehmer 1933 – 1945, Hamburg 1997, S. 297–305.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Am 16. November 1937 hatte das Reichsinnenministerium einen von Reinhard Heydrich gezeichneten Erlaß herausgegeben, daß Juden in Zukunft keine Reisepässe mehr ausgestellt werden sollen, es sei denn, sie benützten sie zur Emigration, für Reisen in volkswirtschaftlichem Interesse, in Krankheits- und Todesfällen oder in dem Fall, daß Eltern ihre Kinder in ausländischen Internaten besuchen wollten. Vgl. Walk, Sonderrecht, II 377. Die tatsächliche Praxis der Behörden überbot, wie aus Reichmanns Schilderungen hervorgeht, selbst diese restriktiven Bestimmungen. Ein Jahr später, am 5. Oktober 1938, verfügte das Reichsinnenministerium, daß alle deutschen Reisepässe von Juden ungültig werden und abzuliefern seien. Die in Ausnahmefällen neu ausgegebenen Auslandspässe wurden mit einem "J" gestempelt. Walk, Sonderrecht, II 556.

Zukunft hinausfahren sah und weinende Eltern dem Zug oder Schiff nachschauten, drängte sich mir ein merkwürdiges Bild auf: Es schien mir, als ob die Kinder ihre Eltern lebend ins Grab steigen sähen.

Ich wußte, daß ich einen neuen Paß nur noch für die Auswanderung bekommen würde; an sie aber dachte ich damals noch keinen Augenblick. Ich fuhr also nach Polnisch-Oberschlesien, besuchte den Sohrauer Friedhof und fand mit Hilfe eines kleinen jüdischen Kantors die Gräber aller meiner Vorfahren von mütterlicher Seite. Da lagen sie, die Sachs und Knopf, fünf Generationen in ununterbrochener Folge, sich immer wieder begegnend, weil in der kleinen Gemeinde der Vetter die Cousine heiratete, und ich beneidete sie, die da wirklich zu ihren Vätern versammelt waren; denn war einmal einer in der "großen Welt", vielleicht in Breslau oder Berlin gestorben, so brachte man ihn hierher zurück, damit er im Frieden der Familie, von guten Menschen umgeben, ausruhen sollte. Das Städtchen, in dem früher eine stattliche Judengemeinde lebte, hat heute keine deutsch-jüdische Familie mehr. Polnische Juden sind kaum zugezogen. Die Synagoge ist verlassen. Ein schöner alter Chanukkaleuchter<sup>18</sup> erzählt von entschwundenem Wohlstand. 1922, als Oberschlesien an Polen fiel, gab es hier noch eine kleine deutsch-jüdische Gemeinde. Jetzt, nach 16 Jahren, berichten nur noch die verlassenen Friedhofsteine, daß hier einmal jüdisches Leben war. Wird man so auch 16 nach dem Unglückstag, an dem Deutschland an Hitler fiel, Kaddisch<sup>19</sup> nach dem deutschen Judentum sagen müssen?

In der Nacht fuhr ich nach Inowrazlaw. Auch dort das gleiche Bild. Von den 14000 Deutschen des Jahres 1914 sind nur noch 500 dort. Wo einst eine jüdische Gemeinde in Ansehen und bürgerlicher Behaglichkeit lebte, ist von 1000 Juden nicht ein Dutzend zurückgeblieben. Eine Handvoll polnischer Juden ist dazugekommen, im Ganzen 30 bis 40 – statt 1000! Ich stehe vor der Apotheke, die einst meinem Vater gehörte; der polnische Apotheker bewohnt jetzt das ganze Haus und gilt als einer der reichsten Leute der ganzen Stadt. Durch die Straßen des Landstädtchens schleicht müdes Leben. Der polnische Agrarstaat leidet unter der Wirtschaftskrise, wohl auch unter der Last der erzwungenen Aufrüstung. Bettelnde Kinder wollen mir den Handkoffer entreißen. Die Straßen sind schmutzig und schlecht. Sie sprechen nur noch sehr leise von einer fernen Zeit, und es ist mir, als ob es das Leben eines anderen wäre oder eine Epoche vor meinem eigenen bewußten leben, aus der diese und jene Gestalt, dieses und jenes Bild mich grüßen.

Die Gegenwart ruft vernehmlicher. In Thorn, wo ich drei Stunden durch die Straßen schlendere, wird "Der Stürmer" verkauft. Die schlecht beleuchtete deutsche Buchhandlung führt Hitlers "Klassiker". Im Zuge nach Berlin sitzt mir gegenüber ein Mann, dessen Gesicht aus Fleischfetzen zusammengeflickt ist. Er

<sup>18</sup> Zum achttägigen Lichtfest Chanukka wird an jedem Tag ein Licht am achtflammigen Chanukkaleuchter entzündet.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Kaddisch ist das jüdische Totengebet.

hat keine Lippen, seine Frau muß ihn füttern, er ist hundert Prozent kriegsbeschädigt. Er erzählt von polnischen Gerüchten, daß im Mai der Krieg ausbrechen werde. An der Grenze in Bentschen sind junge SS-Burschen in den Grenzdienst eingestellt. Deutsche Polizei geleitet einen Transport ausgewiesener Polen oder Russen zur Grenze. Wann werden wir deutsche Juden so "per Schub" hinausgestoßen werden?

Es sollte nicht lange dauern. Wenige Tage nach meiner Rückkehr fuhr ich mit Eva nach Prag, um meinen Geburtstag in der Stadt zu verleben, die wir beide lieben. Aus Österreich kommen Meldungen, die sich überschlagen. Wir hatten das Berchtesgadener Spiel, das vorangegangen war, nicht recht verstanden<sup>20</sup>. Ich wußte zwar schon lange, daß der Anfall Österreichs an das Reich der deutschen Führung unproblematisch erschien. "Österreich bekommen wir sowieso", hieß das Schlagwort. Trotzdem glaubte ich an unabdingbare Interessen Italiens und konnte mir einen deutschen Einmarsch nicht vorstellen. Wir alle hatten die Schuschnigg-Rede gehört, die der deutsche Rundfunk als Gegenleistung für die Übertragung der Hitlerschen Reichstagsrede gesendet hatte. Da hatte zwar auch ein Faschist gesprochen, aber einer, den außenpolitische Rücksichten und die unglückseligen Parteischichtungen in Österreich dazu gemacht hatten, ein kultivierter Mann und ein deutscher Mann, Fünf Jahre war uns und dem deutschen Volk Geschichte im Haß-Jargon zugekreischt worden. Hier endlich klangen wieder einmal freudenvollere Töne auf, milde und ernste, tiefe und herzliche, Töne, in denen die Musik dieser Landschaft, dieser Architektur und die Harmonie mitschwangen, die von Haydn, Mozart und Schubert kommt. Werfel soll an dem Manuskript mitgearbeitet haben.

Und jetzt also wollte sich der Bundeskanzler aus der Umschlingung der großen Natter lösen: mit einem waghalsigen Streich lösen, der Volksabstimmung über Österreichs Unabhängigkeit! Was ging da vor? In Berlin empfängt uns am Freitag, den 11. März 1938, unsere besorgte Kollegenschaft. "Ihr kommt von draußen – wann gibt es Krieg? Heut' Abend oder morgen?" In der Nacht erleben wir am Rundfunk den österreichischen Umsturz. Der Wiener Sender spielt auf vorsorglich importierten Schallplatten die Kampflieder der Nazis, Seyß-Inquart stammelt eine Anweisung an die österreichische Bevölkerung, eine gar nicht hinreißende Minister-Proklamation wird von dem österreichischen Natio-

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Beim Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Kurt von Schuschnigg in Berchtesgarden im Februar 1938 konfrontierte ihn Hitler mit weitreichenden Forderungen nach einer Amnestie und freier Betätigung für die wegen umstürzlerischen Ativitäten verbotenen österreichichen Nationalsozialisten sowie nach Einsetzung des Nationalsozialisten Arthur Seyß-Inquart als "Sicherheitsminister"; andernfalls werde die Wehrmacht einmarschieren. Schuschnigg akzeptierte die Forderungen in der Hoffnung, damit die staatliche Integrität Österreichs wahren zu können. Nach Wien zurückgekehrt, rief er am 9. März in einer Rundfunkrede zu einer Volksabstimmung für ein unabhängiges Österreich vier Tage später auf. Bevor die Abstimmung stattfinden konnte, erzwang Hitler ultimativ den Rücktritt Schuschniggs, der keine Unterstützung bei den übrigen europäischen Mächten fand, und befahl den Einmarsch der Wehrmacht am 12. März.

nalsozialisten kärglich bejubelt. Auch am nächsten Tag höre ich alle Berichte vom Truppeneinmarsch, höre Kinder kreischen und den österreichischen BDM in Linz "Heil" rufen, bis in den Abendstunden endlich der Führer auf den Balkon des Linzer Rathauses tritt. Zugleich sehe ich im Geist Scharen flüchtender Menschen und denke an deutsche Juden, denen Wien sich eben noch als neues Asyl geöffnet hat. Welche schreckliche Untaten aber dieser Einmarsch heraufbeschwören sollte, wußte ich damals noch nicht<sup>21</sup>.

Ungeduldig warten die Reichsvertretung und wir auf Nachrichten aus Wien. Es vergehen wohl zwei oder drei Wochen, bis die ersten inoffiziellen Abgesandten der Wiener Kultusgemeinde in Berlin erscheinen. Was wir da hören, ist grauenvoll. Es übertrifft alle Erfahrungen des März und April 1933. Wieder etwas später kommt ein Vertreter der Wiener jüdischen Anwaltschaft zu mir. Noch nimmt er die Entwicklung leicht, glaubt an das Abebben der Straßenherrschaft, an eine Stabilisierung der Verhältnisse auf dem Boden der deutschen Judengesetze. Die deutsche Bürokratie ist anscheinend der gleichen Meinung: das Justizministerium überträgt die Grundsätze für das Verbleiben von Juden in der Anwaltschaft, die für Deutschland galten, auf Österreich. Plötzlich aber kommen Meldungen und Massenverhaftungen, wie wir sie bis dahin in Deutschland noch nicht erlebt haben. Die Selbstmorde türmen sich, ein nicht zu schilderndes Elend frißt um sich, und das "Schwarze Korps" höhnt, daß die Juden, die sich in eine bessere Welt empfehlen, noch mit diesem letzten Akt ihrer Selbstauslöschung die Gaswerke um die Gebühr für das tötende Gas betrügen.

Es kommt der Plan bei uns auf, in Wien eine Beratungsstelle des C.V. einzurichten. Aber die Gestapo verbietet jede Tätigkeit jüdischer Organisationen aus Deutschland. Die SS-Juden-Spezialisten sind in Wien und ordnen die jüdischen Angelegenheiten auf ihre Weise. Noch glauben wir, daß die Judenaustreibung aus Deutschland für kurze Zeit gehemmt würde, weil man in Wien zu viel zu tun hat. Aber Wien beschleunigt nur unseren Sturz. 200 000 Juden in Wien gelten als untragbar; "Wien ist keine deutsche Stadt", sagt Göring. Man muß ein Meisterstück der raschen Austreibung vollbringen. Wirtschaftliche Enteignung, Einsetzung von Kommissaren, Zwang zum Verkauf der Unternehmen, Plünderungen, Diebstahl von Automobilen, Massenverhaftungen, die sich immer wiederholen - das sind die Marksteine des Weges zur Vernichtung. Die Wiener Wachleute erhalten den Befehl, bis zum Abend eine bestimmte Anzahl Juden "einzufangen", eine bestimmte Anzahl, nicht bestimmte Juden. "Gehen Sie mir aus dem Weg, Herr Löbel" ruft ein freundlicher Wachmann seinem Bekannten zu, "Ich muß bis heut' Abend 90 Juden zur Wache bringen." Wer ihnen gerade in die Arme läuft, wird mitgenommen. Wer Glück hat, bleibt im Wiener Gefängnis, die anderen kommen nach Dachau. Es gibt keine Achtung vor dem Privateigentum

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Vgl. dazu Einleitung, S. 16-17.

mehr. Diese "heilige Scheu", um deretwillen Hugenberg, Schröder, Kirdorf<sup>22</sup> und Genossen Herrn Hitler zum Bollwerk gegen den zahmen deutschen Marxismus ausersehen hatten, ist zerstoben.

"Es geht ausgezeichnet vorwärts", meint die Gestapo in Wien unter Führung des Kommissars Eichmann vom Sicherheitsdienst der SS (SD). Zu Hunderten flüchten Juden nach Jugoslawien, nach der Tschechoslowakei, nach Ungarn und der Schweiz. Sie schwimmen durch Grenzflüsse, sie klettern über die Berge. Alle südamerikanischen Visen sind ausverkauft, das amerikanische Konsulat wird bestürmt. Im Flugzeug rasen sie nach England und Holland, auf Donaudampfern suchen sie nach Rumänien zu entkommen und Hunderte fliehen nach – Deutschland, wo sie sich verborgen halten oder von wo sie sich nach Finnland zu retten hoffen. Im "Niemandsland", zwischen den Grenzen, auf einer Donauinsel hocken sie. Prag und Budapest verwehren ihnen den Eintritt. Ohne Nahrung, ohne Decken liegen sie da, die SS sieht ihrem Sterben zu, und die Grenzwächter der anderen müssen aus Staatsraison ihr Mitleid niederkämpfen. Dieses grauenhafte Spiel mit jüdischen Menschen im "Niemandsland" hat sich nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei wiederholt.

"Es geht ausgezeichnet vorwärts" – und die Parteibonzen schütteln den Kopf über ihre eigene Langmut, die nach sechs Jahren Nationalsozialismus noch so viele Juden im Altreich duldet. Im Wirtschaftsministerium leitet das Referat "Judenfrage" ein Schlosser Schmeer aus Aachen. In der Schlosserei hat er nicht viel geleistet, was ihn offenbar befähigte, als Vertrauensmann des Dr. Ley und "Alter Kämpfer" zum Ministerialdirektor emporzuschnellen<sup>23</sup>. Regierungsrat Gotthart, der bis dahin die Judenreferenten Schachts im Auftrag der Gestapo überwacht hatte, ist Oberregierungsrat geworden. Jahrelang waren wir ihm als "jungem Mann" von Ministerialrat Hoppe, der ihn zu seiner Deckung hinzuzuziehen pflegte, mit eisiger Distanz begegnet wie jedem Beamten der Gestapo. Wir wußten, welchen Auftrag er hatte und verstanden nicht, daß ein Reichsminister einen offiziellen Spitzel in seinem Haus duldete oder dulden mußte.

Jetzt war die große Stunde des Herrn Gotthart gekommen. Er war Jurist und Schmeer Analphabet. Gotthart hatte im Abwehr-Dezernat gegen Störungen der Wirtschaft Erfahrungen über die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Juden gesammelt. Jetzt durfte er sie zu ihrer Ausschaltung nutzen und gesetzli-

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Der Verleger und Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Alfred Hugenberg, der Bankier Kurt Freiherr von Schröder und der Industrielle Emil Kirdorf galten als frühe Förderer Hitlers und der NSDAP.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Rudolf Schmeer war gelernter Elektromonteur, der in der NSDAP Aachen und im Apparat der DAF unter Führung von Robert Ley Karriere machte und später Ministerial-direktor und Hauptabteilungsleiter im Reichswirtschaftsministerium wurde. Das im Januar 1938 neu geschaffene Referat "Judenfragen" wurde zwar in Schmeers Hauptabteilung geführt, jedoch von dem SA-Führer Alf Krüger geleitet, der sich selbst mit einem Buch "Die Lösung der Judenfrage in der deutschen Wirtschaft", Berlin 1940, hervortat. Vgl. Willi A. Boelcke, Die deutsche Wirtschaft 1930–1945. Interna des Reichswirtschaftministeriums, Düsseldorf 1983, S. 210.

che Bestimmungen zur Verdrängung der Juden aus den letzten Positionen formulieren. Er rühmte sich auch, Vater des "Tarnungsgesetzes" zu sein. Nach diesem geistvollen Gesetz, das exakt nicht zu verwirklichen war, hatten jüdische Geschäfte ihren jüdischen Charakter hervorzukehren, und Arier, die Juden "tarnen" halfen, wurden mit höchsten Strafen bedroht<sup>24</sup>. Von jetzt an hätte etwa die in ganz Deutschland bekannte Firma F.V. Grünfeld<sup>25</sup> einen Angestellten vor die Tür stellen müssen, um jedem Käufer ins Gesicht zu schreien: "Sie sind in einem jüdischen Geschäft!" (In Hamburg hat das übrigens ein bekanntes Kaufhaus getan) Der jüdische Handelsvertreter Isaac Cohn, der vierzig Jahre lang den gleichen Kunden in Pillkallen besucht hatte, sollte ihm nun im einundvierzigsten Jahr ins Ohr brüllen: "Ich bin Jude!" Gelegentlich ließen wir die mit solchen Sorgen kämpfenden jüdischen Kaufleute selbst den Weg zum Reichswirtschaftsministerium gehen. Wenn Herr Gotthart sie ausnahmsweise empfing, lachte er jovial über solche nicht bedachten Konsequenzen und verzichtete großmütig auf diese oder jene groteske Folgerung.

Die Gesetzgebungsmaschine verarbeitete den Ausschaltungswillen der Partei im Heißlauftempo zu täglich neuen Menschen und Existenz vernichtenden Verordnungen. Die Wandergewerbe-Treibenden, die Ärmsten der Armen, wurden mit einer Frist von wenigen Wochen um ihre Arbeitsmöglichkeit gebracht. Noch immer zogen sie, sich rechtschaffend und bescheiden ernährend, durch das Land. Man hatte uns seit Monaten ihre Ausschaltung angedeutet und sie damit begründet, daß diese Menschen als Greuelberichterstatter und zersetzende Elemente mit dem deutschen Volk in allzu nahe Berührung kämen. Für die Handelsvertreter sollten diese Besorgnisse nicht gelten. Jetzt aber wurden auch die Handelsvertreter "angefaßt" und mit einem Schlag zum 30. September 1938 aus ihrem Beruf entfernt<sup>26</sup>.

In diesen Wochen suchte ich jeden mir nur irgend zugänglichen Menschen auf, der Beziehungen zu einsichtigen Kreisen der Wirtschaft oder des Heeres hatte oder herstellen konnte. Eine Eingabe der Reichsvertretung an Göring wurde nicht beantwortet. Niemand schien das rasende Schwungrad mehr anhalten zu können oder zu wollen. Ich sprach die Stettiner Herren-Konfektionsfa-

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Die "Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbetreibende" vom 22. 4. 1938 (RGBI I, S. 404) sah Freiheits- und Geldstrafen für deutsche Staatsangehörige vor, die aus eigennützigen Beweggründen den jüdischen Charakter eines Gewerbebetriebes verschleierten.

<sup>25</sup> Die traditionsreiche, familieneigene Firma F. V. Grünfeld besaß in mehreren deutschen Städten angesehene Leinen- und Wäschegeschäfte.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Das "Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich" vom 6.7. 1938 (RGBI I, S. 823 f.) untersagte den Juden zahlreiche Gewerbemöglichkeiten und stieß sie damit mit Absicht in die Armut. 1933 waren 48% aller deutschen Juden beruflich tätig gewesen, 1939 nur noch 16%. Dagegen wurden 71% aller Juden über 14 Jahre als "berufslose Selbständige" in den Listen der Volkszählung aufgeführt, das heißt, sie lebten von ihren Ersparnissen oder von kümmerlichen Renten und Pensionen.

brikanten und erlebte, wie sie zum direkten oder indirekten Nutzen oder Parteifunktionäre schamlos erpreßt und enteignet wurden. Es mag am 27. April gewesen sein, als ich den Mitinhaber eines der angesehendsten deutschen Privatbankhäuser um seinen Rat fragte. "Lassen Sie alle Hoffnung fahren. Wien hat unser Schicksal besiegelt", sagte er. Diesen Grad von Hoffnungslosigkeit hatte selbst ich nicht erwartet. Niedergedrückt fuhr ich ins Büro zurück. Dort kamen mir Braun² und Friedländer aufgeregt entgegen, das neueste Reichsgesetzblatt in der Hand. Es enthielt einschneidende Verordnungen: die eine sah die Anmeldepflicht der jüdischen Vermögen vor, eine zweite die staatliche Mitwirkung beim Verkauf jüdischer Unternehmen, den Genehmigungszwang². Daß die Vermögensanmeldung nur die Vorstufe zu einem Vermögenseingriff war, darüber bestand vom ersten Augenblick an kein Zweifel.

Am Abend sah ich im "Marmorhaus" "Broadway-Melody 1938"29. Neben mir ein mächtiger Arier, der seine Frau "blöde Gans" titulierte und ihr dann behaglich erklärte: "Also sie haben kein Recht mehr, über ihr Vermögen zu verfügen. Und das ist gut so. Paß' auf, in vier Jahren sind wir die Schweine los. Dann brauchen wir uns mit dem Pack nicht mehr rumzuärgern." In meiner Brusttasche trug ich eine Aufzeichnung von vielen Seiten: die jüdischen Totenopfer seit 1933. Am gleichen Morgen hatte sie mir der Freund, der meine Arbeit bis dahin aufbewahrt hatte, zurückgegeben. Er konnte sie nicht länger in seinem Bootshaus verbergen, weil die Polizei wieder einmal Razzien in den Bootshäusern an der Havel veranstaltete. Jetzt mußte ich schon wegen dieses Dokuments in meiner Tasche schweigen. Aber die Zeit, in der ich auf solche Unverschämtheiten die entsprechende Antwort geben konnte, war ohnehin vorüber. Das war eines der am schwersten belastenden Momente dieser Zeit: daß man gegen die frechsten Herausforderungen nicht aufbegehren durfte. So sehr man sich auch über die Insulte der minderwertigen Feiglinge erhaben fühlte. Schweigen war doch nicht die rechte Antwort. Aus diesem Zwang zu schweigen, wenn das Blut kochte, mag sich bei manchem Menschen eine gefährliche Rückgratsverkrümmung entwickeln. So sind die Ghetto-Eigenschaften entstanden, die Männer unserer Richtung im Jahrhundert der Emanzipation aus den deutschen Juden mühsam herausgeklopft haben. Während ich in ohnmächtiger Wut den dicken

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Kurt Braun, 1899 in Berlin geboren, war Rechtsanwalt, Berater für die Industrie in Berlin und als 2. Vorsitzender des Großberliner Verbandsausschusses des C.V. tätig. Braun emigrierte 1939 nach England und wanderte ein Jahr später in die USA aus, wo er Abteilungsleiter im US-Außen- und Arbeitsministerium wurde.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Görings "Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden" vom 26. 4. 1938 (RGBl I, S. 414 f.) sowie die am selben Tag erlassene Genehmigungspflicht von Verkauf jüdischer Unternehmen (RGBl I, S. 415 f.) stellten die administrative Voraussetzung her, das jüdische Eigentum umfassend rauben zu können.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Der 1935 gedrehte US-Musicalfilm mit dem damaligen Star Eleanor Powell, einst Weltmeisterin im Steptanz, hieß richtig: "Broadway Melody of 1936". Er errang 1935 einen Oscar für die beste Choreographie. Das "Marmorhaus" war eines der größten und bekanntesten Kinos Berlins.

Burschen maß, erschien sein Bild plötzlich auf der Leinwand. In der Uniform des nationalsozialistischen Fliegerkorps stand er als prominenter Gast nicht weit von seinem Führer auf der Tribüne, an der zu Ehren von Hitlers Geburtstag das Reichsheer vorbeiparadierte.

In der Nacht vernichtete ich das nur einmal vorhandene Totendokument, für das ich keinen sicheren Aufbewahrungsort mehr wußte. Ein Koffer wertvoller politischer Bücher und die kaum ersetzbare Literatur, die Eva sich für ihre Doktorarbeit über den Syndikalismus angeschafft hatte, waren gerade in zwei Zentralheizungsöfen geflogen. Dieser große Bücherkoffer hatte seine Geschichte: Er war seit 1933 aus unserem Haus in manches andere gewandert, und schließlich glaubte ich ihn in einem kleinen abgelegenen Landhaus im Grunewald geborgen. Ein völlig unpolitischer Kaufmann wollte ihn in seinem Keller aufbewahren. Im März 1938 läutete seine Frau bedenklich früh bei uns an. Soeben hätten zwei Herren ihren Mann abgeholt. Er hat dann fünf Wochen unter dem Verdacht des Hochverrats gesessen. Der Charakter unserer Bücher hätte seine Behauptung, er sei politisch völlig interesselos, widerlegt. Er war Nachbar zweier arischer Journalisten, die mutig, ja verwegen in unterirdischem Kampf gegen Hitler standen. Man hatte sie festgenommen. Und die Nachbarschaft genügte, um den harmlosen Mann in ein Hochverratsverfahren zu verwickeln. Mit Hilfe eines "Zauberers" ist er entlassen worden. Der Zauberer telefonierte "mit seiner Beziehung" bei der Gestapo, und das Telefonat genügte, um endlich eine Vernehmung des völlig schuldlosen Mannes zu erreichen. Dafür ließ sich der "Zauberer", ein junger absolut unseriöser Anwalt, 5000 Mark bezahlen.

Dieses kleine Zwischenspiel steht absichtlich hier. Es spiegelt die Ausstrahlungen der Diktatur bis in die unpolitischste Familie. Es zeigt die Unsicherheit des Privatlebens, und es gibt mit dem Blick auf jenen ehrenwerten Anwalt ein Dokument der Korruption und der unverfrorenen Ausbeutung jüdischer Menschen. Solche "Zauberer" sind Legion. Es sind Ausländer, deutsche Wirtschaftsberater, zumeist aber nationalsozialistische Anwälte mit geheimnisvollen Beziehungen. Einer handelt mit gefälschten Pässen, Visen und fordert 30000 RM Honorar für einen völlig wertlosen Haftentlassungsantrag an die Gestapo. In diesen sechs Jahren haben jüdische Menschen in ihrer Not viele Millionen Reichsmark an solche "Zauberer" – meist ohne irgendeinen Erfolg zu erreichen – verschleudert. Edle Gesellen, jene Leute, die gekommen waren, den "jüdisch-materialistischen" Geist aus der deutschen Anwaltschaft auszumerzen.

Die Veröffentlichung der beiden einschneidenden Verordnungen (keine freie Verkaufsmöglichkeit mehr und Vermögensanmeldung) hatte selbst dem letzten Ortsgruppenleiter und Gestapo-Assessor die neue Tendenz klar gemacht: Erbarmungslose Ausmerzung der Juden aus der Wirtschaft. Nun begann das übliche Spiel. Mochte die Gesetzgebungsmaschine auf noch so hohen Touren laufen, die Partei und ihre Radikalen trieben sie zu immer rasenderem Tempo an. Ausmerzung der Juden aus der Wirtschaft! Warum nur aus der Wirtschaft? Ausmerzung überhaupt! Die Höllenhunde sind losgelassen! Aus jedem Gatter des

Staates und der Partei brechen sie los und stürzen sich auf wehrlose Juden. Jedes Ressort setzt seinen Stolz daran, neue Schikanen gegen die Juden oder wenigstens gegen einen Juden zu ersinnen.

In Gleiwitz steht hinter den Schranken des Gerichts, vor dem er 45 Jahre als Anwalt gewirkt hat, der 72jährige Justizrat Arthur Kochmann, Vorkämpfer für ein deutsches Oberschlesien, Stadtverordnetenvorsteher und Ehrenbürger der Stadt Gleiwitz. Er hat sein ganzes Leben den Vornamen "Arthur" geführt, bis man zu seiner eigenen Überraschung entdeckte, daß seine Geburtsurkunde den Vornamen "Adolf" enthielt. Für dieses "Verbrechen" wird er nun wegen Führung eines falschen Namens verurteilt<sup>30</sup>.

Die Stadt Berlin schafft Juden-Reservate auf ihren Grünplätzen. Sie streicht Bänke gelb an und verkündet auf großen gelben Tafeln: Die mit einem "J" versehenen Bänke sind Juden im Sinne des Reichsjudengesetzes vorbehalten³¹. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Der deutsche heilige Bürokratius ist pedantisch. Auf dem Nikolsburger Platz in Berlin gibt es nur zwei Bänke. Sie stehen einander gegenüber, nicht drei Meter von einander entfernt. Die Wilmersdorfer Stadtverwaltung läßt großzügig eine gelb anstreichen. Auf anderen Plätzen aber gibt es keine einzige gelbe Bank. Trotzdem stehen auch dort Tafeln, die besagten, daß in diesem Stadtbezirk den Juden nur die gelben Bänke vorbehalten sind. Die alten, kränklichen Menschen, für die der Grünplatz die einzige Erholung ist, suchen und suchen vergebens. Wenn sie sich dann, weil sie an einen Irrtum glauben, auf eine der alten grauen Bänke setzen, erscheint ein Polizist und meldet sie zur Bestrafung.

Die Reichskulturkammer muß ihren Beitrag zur Lösung der Judenfrage liefern: alle jüdischen Grammophonplatten werden eingezogen. Was ist eine jüdische Grammophonplatte? Entscheidet der Komponist, der Dirigent, der Sänger oder gar ein jüdischer Liberettist? Es gibt erhebliche Definitionsschwierigkeiten, die der "Reichskulturwalter" Hinkel<sup>32</sup> salomonisch löst. Jede Schallplatte, an deren Entstehung Juden irgendwie mitgewirkt haben, ist zu vernichten. Wir verhandeln mit der Electrola-Gesellschaft, ob sie uns die herrlichen Bruno Walter-, Schnabel-, Tauber-, Menuhin-Platten nicht wenigstens zum Verkauf an Ju-

<sup>30</sup> Offensichtlich mit Rücksicht auf seine Tochter, die mit einem hohen italienischen Diplomaten verheiratet war, blieb Arthur Kochmann noch von der Deportation verschont, als 1942 sämtliche Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Gleiwitz nach Auschwitz verschleppt wurden. Als einer der letzten Juden Oberschlesiens wurde auch Kochmann am 28. Dezember 1943 nach Auschwitz in den Tod deportiert.

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Reichmann meint hier die 1935 im "Reichsbürgergesetz" getroffene Unterscheidung zwischen "arischen" Reichsbürgern und "nichtarischen" Staatsangehörigen. Vgl. Einleitung, S. 14.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Hans Hinkel, NSDAP-Mitglied seit 1921, in der Schriftleitung des "Völkischen Beobachters" tätig, war 1935 von Goebbels zum Sonderbeauftragten der Reichskulturkammer in allen Fragen des jüdischen kulturellen Lebens bestimmt worden. Vgl. dazu Alan E. Steinweis, Hans Hinkel and German Jewry, 1933–1941, in: Leo Baeck Institute Yearbook 38 (1993), S. 209–219.

den überlassen will. Die Gesellschaft würde es gern tun, aber der "Reichskulturwalter" verhindert den Vertrag. Dieses Dezernat "zur Überwachung der kulturell tätigen Juden" ist ein groteskes Gebilde. Man hat es gegründet, um dem alten Kämpfer Hinkel eine Stellung zu geben. Er baute sich ein Amt mit einem halben Dutzend Mitarbeitern auf, das den "Kulturbund", die jüdischen Zeitungen, die jüdischen Verleger und Buchhändler überwachte. An sich hatte er ein Interesse, alle diese jüdischen Intitutionen am Leben zu erhalten; denn er lebte ja von ihrer Überwachung. Aber der Kurs der Judenpolitik zwang auch ihn, den Lebensfaden seiner "Schützlinge" abzuschneiden. Die jüdischen Buchhandlungen, die eben erst auf rein jüdische Käuferschichten beschränkt worden waren, durften plötzlich nur "rein jüdische Literatur" verkaufen. Und wieder begannen Definitions-Spielereien. Was ist jüdische Literatur? Das Werk eines jüdischen Autors über ein Thema, das mit Juden und Judentum keinerlei Zusammenhang hat? Oder das Werk eines christlichen Autors, das ein rein jüdisches Thema behandelt, wie Hebbels "Judith" oder Otto Ludwigs "Makkabäer"? Jüdische Verleger und Buchhändler bewiesen, daß ihre Unternehmen zusammenbrechen mußten, wenn ihre Bücherauswahl auf Werke jüdischer Autoren mit jüdischem Inhalt beschränkt wurde. Sie baten um die Erlaubnis, wenigstens Sprachen-Literatur verkaufen zu dürfen. Die Entscheidung ließ viele Monate auf sich warten. Die engste Auslegung wurde verfügt und so jüdisches Verlagswesen und jüdische Buchhandlungen vernichtet. Herr Hinkel aber gab sein monatlich fälliges Interview über die Großzügigkeit, mit der das Dritte Reich ihr kulturelles Eigenleben sicherte.

Die Gerichte, die oft mit anerkennenswertem Mut die Tradition des deutschen Richterstandes gewahrt hatten, geben dem Druck des Radikalismus nach. Es war nicht selten, daß Anwälte beim Berliner Ermittlungsgericht im Polizeipräsidium die Verhaftung ihrer Mandanten beantragten. So entrissen sie den Beschuldigten den Klauen der Geheimen Staatspolizei und sicherten ihm ein ordentliches Verfahren nach den Regeln des Strafprozesses. "Ja, Herr Rechtsanwalt", meinte der Ermittlungsrichter im Berliner Polizeipräsidium. "Das hat schon mancher hier gewollt. Aber ich kann Ihnen den Gefallen nicht tun; ich kann Ihren Mandanten nicht verhaften! Ich finde keinen Tatbestand." Aber jetzt, da die neue Sturzwelle ganz Deutschland überflutet, finden deutsche Richter Tatbestände, die der Rechtswissenschaft bisher unbekannt waren. Der Reichsgerichtsrat Dr. Georg Schwarz veröffentlicht einen Aufsatz, in dem er gegen alle Regeln des internationalen Strafrechts fordert, daß im Ausland begangene "Rassenschande" nach den berüchtigten deutschen Bestimmungen zu bestrafen sei. Überhaupt wird die Rechtssprechung auf dem Gebiet der "Rassenschande" zum Prüfstein für nationalsozialistische Linientreue des deutschen Richtertums. Gefängnis als Normalstrafe für Rassenschande? "Nein!", kreischt Herr Streicher und verlangt Todesstrafe. So erreicht er wenigstens, daß der Ausnahmefall des Gesetzes zur Regel wird. Für "Rassenschande" verhängen die willfährig gewordenen Richter jetzt nur noch Zuchthaus, obwohl nach dem Wortlaut des Gesetzes Zuchthaus nur in schweren Fällen vorbehalten ist.

Für uns alle war der Begriff "Rechtsstaat" blutleer geworden. Wir waren gewohnt, den Rechtsstaat als selbstverständliche Voraussetzung des Gemeinschaftslebens zu betrachten; er war uns völlig unproblematisch, weil wir fünf Generationen lang in Rechtsstaats-Vorstellungen gelebt hatten. Uns war der Rechtsstaat eine Tatsache, nicht ein Ziel. Wir alle wußten ja nicht, was ein Unrecht-Staat ist. In diesen fünf Jahren waren einige tausend Fälle vergewaltigten Rechts in unseren Akten niedergelegt worden. Wir haben uns oft gefragt, wann der Gipfel der Vermessenheit oder auch der Groteske erreicht sein würde, zu dem die Quälgeister ihre täglich neu ersonnenen Schandtaten häuften. "Was wollen Sie", hatte mir einmal ein sehr hoher Beamter gesagt, "Sie werden so lange keine Ruhe finden, wie Leute dafür bezahlt werden, daß sie jeden Tag eine neue Juden-Schikane erfinden. Die müssen täglich auf etwas Neues kommen, die leben davon!" So hatte ich gelernt, mir das Wundern abzugewöhnen und hatte meine Superlative gespart. Als ich aber in folgendem Fall um mein ,juristisches' Gutachten gebeten wurde, habe ich in meiner Arbeit innegehalten. Dieser Brocken schien mir den Sudelbrei von Niedertracht und Wahn zum Überkochen zu bringen.

In Nürnberg wohnt der 71jährige jüdische Kaufmann Arthur Leven bei einem arischen Arbeiterehepaar zur Untermiete. Morgens, wenn der Ehemann zur Arbeit geht und die Ehefrau ihre Wohnung verläßt, um einzukaufen, übergibt sie ihr einjähriges Kind dem jüdischen Untermieter, der es auf dem Balkon wiegt oder auf der Straße spazierenfährt. Eine Nachbarsfrau, Lehrerin in der Stadt Julius Streichers, zeigt diesen ungeheuerlichen Tatbestand an. Sie fühle sich in ihrem rassischen Empfinden tief verletzt, wenn sie einen Juden mit einem deutschblütigen Kind spielen, ihn gar ein deutsches Kind liebkosen sähe. Das Amtsgericht Nürnberg verhängt gegen Leven eine Gefängnisstrafe von mehreren Wochen, gegen die Arbeiterehefrau eine hohe Geldstrafe wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses. Ein Jandfremder' Assessor ist mutig genug, den Strafbefehl aufzuheben und so seine Karriere zu gefährden. "Landfremd", weil er aus Preußen stammt und nicht weiß, was es in der Stadt des Frankenführers bedeutet, Recht und Verstand auch bei der Urteilsfindung in Rassefragen mitsprechen zu lassen. Er führt aus, daß die Denunziantin kein anderes Motiv hatte, als der Arbeiterehefrau, mit der sie verfeindet war, zu schaden. Daß aber der Tatbestand selbst gar keinen Anlaß zum Ärgernis gäbe, wagt der junge Diplomat in der Richterrobe nun auch nicht auszusprechen.

Gegen dieses freisprechende Urteil legt die Nürnberger Staatsanwaltschaft Revision ein. Sie kann in solcher cause célèbre [hervorgehobener Rechtsstreit] nicht allein entscheiden, sondern bemüht den Generalstaatsanwalt in München, dem sie ausführlich Bericht erstattet. Auch der hat vor Julius Streicher Angst und ordnet an, die Revision durchzuführen. Es wird mit aller strafrechtlichen Gelehrsamkeit und Spitzfindigkeit eine Revisionsbegründungsschrift von etwa acht Seiten entworfen, in der die Verletzung des Rasse-Empfindens durch einen kinderhütenden Juden ernsthaft dargelegt wird. An diesem "Fall' haben wenigstens acht beamtete Juristen "mitgearbeitet". Nach seinem Studium war ich dar-

auf gefaßt, demnächst Verteidigungs-Argumente für die des Umgangs mit dem Teufel überführte jüdische Hexe Rosa Cohn suchen zu müssen. Ich konnte den interessanten Fall an einen Referenten des Reichsjustizministeriums leiten; die Staatsanwaltschaft wurde angewiesen, die Revision zurückzunehmen.

Zu solchen Verkrümmungen muß sich die deutsche Justiz verstehen, wenn sie sich vor Herrn Streicher verbeugt. Aber Streicher ist nur ein Symbol für die Macht der Partei. Die Partei steht über dem Gesetz, und die Juden stehen außerhalb des Gesetzes. Eben erst hatte die radikale Parteihierarchie den staatlichen Genehmigungszwang für den Verkauf jüdischer Unternehmen durchgesetzt; aber schon laden die Amtswalter der deutschen Arbeitsfront jüdische Betriebsführer mit einstündiger Frist vor und ersuchen sie drohend, ihr Unternehmen "zu dem und dem Preis an den und den" zu verkaufen.

In Dortmund besorgt die Gestapo unter Leitung des Assessors Hasselberg ähnliche Geschäfte, bei denen es ein "Nein" nicht gibt. Sie zitiert die Juden und ersucht sie dann ironisch-höflich "Platz zu nehmen – nebenan, im Wartezimmer". Das ist ein kleiner vergitterter Raum ohne Sitzgelegenheit, von dessen Decke eine Zwiebel an einer langen Schnur herabhängt. In diesem stickigen Verlies müssen ehrenhafte jüdische Persönlichkeiten viele Stunden stehen, ehe sich der Amtsträger des Dritten Reiches zum Erpressungsverhör herbei läßt. Dann ersucht er unverblümt um "Abgabe" des Unternehmens, da ein jüdisches Geschäft mit Rücksicht auf die Stimmung in X. nicht geduldet werden könne.

In Königsberg und Schneidemühl nimmt die Gestapo den jüdischen Händlern die Wandergewerbescheine fort, die der Regierungspräsident ihnen soeben erteilt hat. Dieses saubere Zusammenwirken vollzieht sich so, daß in Zimmer 15, also beim Regierungspräsidenten, der Wandergewerbeschein erteilt und der glückstrahlende Händler nach Zimmer 22 verwiesen wird. Dort nimmt man ihm den Schein ohne ein Wort der Begründung wieder ab. Der Regierungspräsident hat so dem Gesetz genügt, "die Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei aber unterliegen nicht richterlicher Nachprüfung". Mein Königsberger Kollege Angerthal hat etwa 40 Wandergewerbe-Treibenden, denen der Regierungspräsident den Schein willkürlich versagt hat, Beschwerden an das Reichswirtschaftsministerium entworfen. Die Gestapo bedroht ihn mit Schutzhaft, wenn er die Händler nicht zur Rücknahme ihrer Beschwerden veranlassen würde<sup>33</sup>.

In Bolkenhain lebt Evas Vetter Werner Glaser. Sie führen ihr kleines Geschäft nun schon in der dritten Generation, die Großmutter, der Vater und Werner Glaser. Eines Tages werden Vater und Sohn verhaftet, angeblich, weil das Preisschild eines Wäschestücks im Schaufenster nicht korrekt ausgezeichnet ist. Merkwürdig, daß am gleichen Tag auch der Inhaber des zweiten jüdischen Geschäftes ins Gefängnis wandern muß. Man läßt sie wochenlang sitzen, ihre

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Von denselben Schikanen berichtete Kurt Sabatzky, Syndikus des C.V.-Landesverbandes Mitteldeutschland, auch aus Sachsen. Zeugnis Kurt Sabatzkys in: Monika Richarz (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945, Stuttgart 1982, S. 297.

Frauen dürfen sie nicht sehen, aber ein Makler hat täglich Zutritt zu ihnen; er malt ihnen zynisch aus, daß sie einen Weg in die Freiheit jeden Augenblick offen haben. Sie brauchten nur ihre Geschäfte und natürlich auch die Grundstücke für den Preis zu verkaufen, den er ihnen biete, dann könnten sie zu ihren Familien zurückkehren. Bürgermeister, Makler und Käufer sind eine saubere Kumpanei. Werner Glasers Frau erwartet ein Kind, und deshalb versteht er sich zur Verschleuderung des Vermögens, das sich drei Generationen fleißig erarbeitet haben. Der Kaufpreis deckt kaum die Höhe der Strafe, die – wenn ich nicht irre – etwa 10000 RM beträgt; dies für ein Preisschild, das "3 RM" statt "3,50 RM" notierte. (Daß auch der Kaufpreis für die Grundstücke unangemessen niedrig ist, versteht sich von selbst.)

In Halle lädt das Arbeitsamt Handelsvertreter und Markthändler vor. Es fordert von ihnen, daß sie ihren Beruf nicht mehr ausüben und Autobahnarbeiten annehmen. Etwa 30 Menschen, zum Teil alte, kränkliche Männer, verweisen darauf, daß das Gesetz ihnen die Berufsausübung noch gestattet. Sie messen der Vorladung keine weitere Bedeutung bei, bis sie sämtlich eines Sonnabends aus ihren Betten oder aus der Synagoge geholt und ohne Vernehmung in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht werden.

Zum ersten Mal hören wir von diesem neuen Lager<sup>34</sup>. Es liegt zwischen Erfurt und Weimar, mitten in hügeligem, wasserarmen Gelände, ein riesenhaftes Terrain. Bis dahin hatte man die Juden vornehmlich nach Dachau gebracht, nachdem die großen Lager in Esterwegen und Lichtenburg<sup>35</sup> von Juden geräumt worden waren. Dutzende alter Dachauer hatte ich gesprochen, gemeinsam mit meinen anwältlichen Freunden und den Familienangehörigen hatte ich an der Befreiung vieler Unglücklicher mitgewirkt. Ich wußte, wie es in Dachau zuging. Die Münchener Chewra Kadischa<sup>36</sup> tat schweigend ihr Liebeswerk an den Toten, die ihr die Lagerverwaltung Woche um Woche auslieferte. Die ernsten Männer hatten sich verpflichtet, über die Todesursachen nicht zu sprechen. Auch mein Münchener Kollege, Dr. Otto Weiler, der die fromme Brüderschaft

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Schon mit Blick auf den geplanten Krieg gingen Heinrich Himmler und sein Inspekteur der Konzentrationslager Theodor Eicke 1936 daran, nach Terrains für neue Konzentrationslager zu suchen. Neben dem KZ Sachsenhausen fiel die Wahl auf Thüringen, und im April 1937 schlug das thüringische Innnenministerium das Gelände am Ettersberg nahe bei Weimar vor. Im Juli brachte die SS die ersten Häftlinge dorthin, die das neue Lager bauen sollten. Nachdem die NS-Kulturgemeinde Weimar Einspruch gegen die Benennung des KZ nach dem Ettersberg, der eng mit Goethe verbunden sei, erhoben hatte, wurde das Konzentrationslager Buchenwald genannt. Ende 1937 wurden dort knapp 3 000 Häftlinge, ein Jahr später über 20 000 Menschen gefangengehalten.

<sup>35</sup> In Dachau, Lichtenburg, Esterwegen und vielen anderen Orten befanden sich die ersten Gefangenenlager der NS-Herrschaft. 1936 wurden diese frühen Lager bis auf Dachau geschlossen und neue, erweiterte Konzentrationslager in Sachsenhausen und Buchenwald errichtet.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Die Chewra Kaddischa ist ein in jeder j\u00fcdischen Gemeinde bestehende, meist ehrenamtliche Vereinigung zur Erweisung von Liebesdiensten in Krankheits- und Todesf\u00e4len, besonders bei Bestattungen.

von Amts wegen eindringlich befragte, erhielt keine Antwort. "Am Kindbettfieber sind sie nicht gestorben" – mehr war nicht zu hören.

Wir wurden bei der Gestapo in Halle, beim Landesarbeitsamt in Erfurt vorstellig. Einen Berliner arischen Anwalt, der für einen Häftling verhandeln wollte, fertigte die Hallenser Gestapo brüsk ab. Bereits drei Wochen nach der Verhaftung wurden der Gemeinde Halle ohne jede Erklärung zwei Urnen übergeben. Nach ein paar Wochen hörten wir, daß einer der Toten, Pfifferling, aus Verzweiflung gegen den elektrischen Draht gelaufen, und bevor er ihn erreichte, erschossen worden war<sup>37</sup>. Der andere war "bei der Arbeit gestorben". Was das bedeutete, habe ich später erfahren. Wir zermarterten uns den Kopf nach jeder Möglichkeit, wenigstens die anderen der Hölle zu entreißen. Es gelang mir, den aufopferungsvollen hohen jüdischen Beamten a. D. XY. zu interessieren. Während wir um das Leben von dreißig schuldlosen Menschen bangen. muß XY, in langen Beratungen mit uns ermitteln, auf welchem Weg er den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung am besten erreicht; denn der Besuch eines Juden bei einem seiner früheren Kollegen, vielleicht sogar Untergebenen ist zu einem Problem geworden. Peinliche Taktfragen sind vorher sorgfältig zu prüfen, obwohl man keine persönlichen Anliegen hat, sondern den Beamten in seiner amtlichen Eigenschaft aufsucht: Geht man zur Amtsstelle, so könnte der Amtsdiener beobachten, daß der Präsident X. den Juden Y. empfangen hat. Das könnte dem Präsidenten schaden. Schreibt man aber in die Privatwohnung oder ruft dort an, dann könnte man als taktlos oder aufdringlich erscheinen, als Besucher, der der Amtsperson etwas zuflüstern möchte, was die Amtswände nicht hören sollen. Der Präsident aber ist mutig genug, seinen früheren jüdischen Kollegen im Amt zu empfangen, und er erfährt so, daß seine Arbeitsämter sich zu Schergendiensten für die Gestapo hergaben. Ob er wirklich gegen den modernen Sklavenfang eingeschritten ist, haben wir nie erfahren. Aber nach sechs oder acht Wochen kehrten die ersten "Buchenwalder" zu ihren Familien zurück. Ihre Hände, Beine und Füße waren in einem entsetzlichen Zustand. Ich sprach mit dem Angehörigen eines Insassen. Selbst dieser Mann, den das Grauen nur mittelbar berührt hatte, war unfähig darüber zu sprechen. Er preßte immer nur das eine Wort heraus: "Furchtbar, furchtbar". Der Entlassene selbst war sofort nach seiner Rückkehr mit unbekanntem Ziel aus Halle geflüchtet.

Aber die Hallenser Gestapo wütete weiter. Die Inhaber eines der größten Geschäfte wurden wegen Verstoßes gegen die "Tarnungsverordnung" verhaftet. Angesehene jüdische Kaufleute wurden telefonisch ersucht, Deutschland binnen zwei Wochen zu verlassen. Später bezeichnete die Gestapo selbst diese Aufforderung als Mystifikation – und wiederholte sie gleich darauf unter Andro-

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Julius Pfifferling war im Mai 1938 nach der Flucht von zwei Häftlingen von der SS als Vergeltung getötet worden. Vgl. Harry Stein, Juden in Buchenwald 1937–1942, hrsg. von der Gedenkstätte Buchenwald, Weimar 1992, S. 16.

hung von Schutzhaft. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Halle nahm sich das Leben. Die Gestapo von Schneidemühl ahmte das Hallenser Beispiel nach. Auch sie bediente sich der Arbeitsämter, um Wandergewerbetreibende und arbeitslos gewordene Juden aus der Grenzmark nach Buchenwald zu bringen. Sie tat es, obwohl sich die meisten bereit erklärt hatten, schwere Straßenarbeit zu leisten. Wieder gab es schon nach wenigen Wochen zwei Tote. Einer wurde in Erfurt begraben, ohne vorher im Weimarer Krematorium verbrannt zu werden. Er hatte keine sichtbaren Verletzungen. Woran mögen wohl kräftige, gesunde Menschen plötzlich zugrunde gehen? Der Schrecken von Halle wurde langsam bekannt. Handelsvertreter und Markthändler zitterten, und Tag für Tag saßen verhärmte Männer in unserer Sprechstunde. Nach dem Gesetz durften sie bis zum 1. Oktober oder zum 1. Juli noch arbeiten; dann stand ohnehin vor den meisten die nackte Not. Tag für Tag mußten wir von ehrbaren Menschen, die viele Jahrzehnte das gleiche Haus vertreten hatten, das bittere Wort vom "Gashahn" hören. Nun stand gar noch in den letzten Wochen ihrer Tätigkeit das Gespenst des Lagers vor ihnen auf!

Zur gleichen Zeit etwa deutete der Reichsjustizkommissar Dr. Frank<sup>38</sup> an, daß Juden in der deutschen Anwaltschaft nicht länger "tragbar" seien. Es gab zwar ein Versprechen Hitlers an Hindenburg, ein Gesetz vom April 1933 mit Hitlers Unterschrift, das die Rechte der jüdischen Anwaltschaft festlegte. Aber dieses Gesetz war schon im Oktober 1935 durchbrochen worden. Man hatte den beiden Gruppen, die seit 1933 überhaupt noch im Beruf verblieben waren, den Frontkämpfern und Alt-Anwälten, damals das Notariat entzogen, und jetzt sollte ihnen auch die Anwaltschaft geraubt werden<sup>39</sup>.

In dieser Untergangsstimmung forderten uns Kurt Alexander<sup>40</sup>, Krefeld, der Vizepräsident des Centralvereins, und Richard Auerbach<sup>41</sup> zu einem Pfingsttreffen in Harzburg auf. Wir sollten die wenigen freien Tage nutzen. Im Hotel "Ernst August", einem jüdischen Haus, leben wir in Klausur. Das Bad und seine

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Hans Frank, ein früher Mitkämpfer Hitlers und Teilnehmer am Putschversuch im November 1923 in München, vertrat vor 1933 die NSDAP als Anwalt in zahlreichen Prozessen. In der Partei leitete er das Rechtsamt, wurde nach 1933 Reichsjustizkommissar und Reichsminister ohne Geschäftsbereich. 1939 ernannte ihn Hitler zum Generalgouverneur des besetzten Polens. Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß 1946 wurde Frank zum Tode verurteilt und hingerichtet.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Nach Verabschiedung der sogenannten Nürnberger Gesetze hatten Bewerber für ein Notariat ihre "arische" Abstammung nachzuweisen, im Februar 1937 bestimmte das Reichsjustizministerium in der Reichsnotarordnung, daß, wer "den Anforderungen an die Reinheit des Blutes" nicht entspreche, nicht zum Notar bestellt werden dürfe. Vgl. Walk. Sonderrecht. II. 260.

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Kurt Alexander (1892–1962), Rechtsanwalt in Krefeld und dort Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde, war 1937/38 Vizevorsitzender des C.V. und Mitglied des Präsidialrates der Reichsvertretung. 1938 wurde er in das KZ Dachau deportiert, emigrierte 1939 nach England und wanderte von dort 1949 in die USA aus.

<sup>41</sup> Richard Auerbach, 1892 in Posen geboren, war Rechtsanwalt in Berlin und Vorstandsmitglied des Kartell-Convents der Verbindungen deutscher Studenten j\u00fcdischen Glau-

Kuranlagen sind für uns gesperrt, aber auf den Bergen und im Wald dürfen wir noch atmen. Unser Wirt, ein alter Freund und Vertrauensmann unserer Bewegung, freut sich mit so vielen "prominenten" Juden. "Wir wollen versuchen, lieber Doktor, uns morgen am Pfingstsonntag ihrem Geschmack zu nähern. Zu nähern - ihn zu erreichen, schmeicheln wir uns nicht." Das Haus ist überfüllt. Jeder Jude lechzt nach Ausspannung, die er in seinem "Vaterland" nur noch in solchen jüdischen Häusern finden kann. Aber wir finden keine rechte Erholung: wo immer Juden zusammentreffen, sind sie von den gleichen quälenden Fragen verfolgt: "Was ist in Ihrem Ort geschehen? Können Sie noch existieren? Wohin wandern Sie aus? Was wird aus Ihren Angehörigen?" Ohrenstein, der Wirt, erzählt von widerwärtigen Schikanen, die das Judenhotel aus Harzburg vertreiben sollen, obwohl es den höchsten Beitrag zu den Kurtaxen-Einnahmen des Bades leistet. "Im Vertrauen, Herr Doktor, glauben Sie, daß wir Alten in Deutschland werden sterben dürfen?" Ich habe zögernd und ausweichend geantwortet. Der alte Mann ist in Deutschland gestorben. Fünf Monate später, am 10. November 1938, ist sein Haus bis zum letzten Bierglas zerschlagen worden. Er und sein Sohn wurden unmenschlich verprügelt. Auf dem Lastwagen, der beide nach Braunschweig brachte, wurden dem alten Mann die Haare rausgerissen. Er mußte das Blut seiner Kopfhaut im Hut auffangen: aus Gründen der Sauberkeit, damit das Auto keinen Schaden leide... Nach fünf Wochen Buchenwald hat ihn der Tod erlöst. Sein freundliches Gesicht geht mir nicht aus dem Sinn. In seinen jüngeren Jahren war er Direktor des Breslauer Liebig Theaters, ein Mann der leichten Bühne. Sein Leben wandelte sich im letzten Akt zur grausigen Tragödie.

Am Abend des 21. Mai saßen Ilse Jungmann und ihr Bruder, Dr. Ludwig Litten, nichts ahnend in unserer Wohnung. Ich wußte aus Radiomeldungen, daß die Tschechoslowakei ihre Verteidigungslinien besetzt hatte. "Was würdet Ihr meinen, wenn morgen Krieg ist?" Die beiden Unpolitischen waren entsetzt. Sie wußten von nichts und waren ebenso überrascht wie das deutsche Volk, das zwar täglich von den "Leiden seiner sudetendeutschen Brüder" hörte, aber nie an einen Gewaltstreich dachte. Als dann die Intervention der Westmächte Hitler den schon gezogenen Säbel aus der Hand schlug, wurde der politische Prestigeverlust offenbar. Eine gefährliche Stimmung! Solche Rückschläge pflegte man durch innenpolitische Ablenkungsmanöver wettzumachen. Die gefürchtete Reaktion blieb nicht aus. Aus dem Lande häuften sich Meldungen von umfassenden Boykottaktionen. Selbst in Großstädten wie Frankfurt am Main, in denen man sonst Rücksicht auf die Ausländer nimmt, gab es systematische Schmierereien an allen jüdischen Geschäften, Abriegelung der Eingänge, Kra-

bens (K.C.). Auerbach emigrierte im Januar 1939 nach England und von dort 1940 in die USA, wo er nach dem Krieg als Wirtschaftsprüfer arbeitete und in Wiedergutmachungsfällen tätig war.

walle und hier und da Verhaftungen. Die Schleusen waren weit geöffnet, und die Schlammflut spritzte über das ganze Land<sup>42</sup>.

Auch im Osten von Berlin fing man an, die Geschäfte zu bemalen. Ich kannte den Weg der "Schmierkolonnen" von 1935 her, wo sie "kochende Volksseele" zu markieren hatten. Damals wurde die "kochende Volksseele" mit den "Nürnberger Gesetzen" beschwichtigt. Es dauerte vier bis fünf Tage, bis die Kolonnen aus dem verunstalteten Neu-Kölln zum Alexanderplatz und von dort weiter nach dem Westen vordrangen. Auch diesmal wurden täglich neue Straßen "erobert". Dabei gab es groteske Schauspiele: das Geschäft reichsdeutscher Juden beispielsweise wird besudelt, der Nachbarladen aber, der einem polnischen Juden gehört, wird schonungsvoll umgangen. Ein völlig verunstaltetes Geschäft wagt wieder zu öffnen. Sofort ist die Polizei zur Stelle und erzwingt die Schlie-Bung, weil ein offenes jüdisches Geschäft "provokatorisch" wirke. In der Nacht vom Sonnabend, dem 11., zum Sonntag, dem 12. Juni, wird gründliche Arbeit getan. Jedes jüdische Geschäft, und auch einige nichtjüdische, deren Inhaber man irrtümlich für Juden hält, trägt in ungelenken riesigen Buchstaben die Aufschrift "Jude", "Itzig" oder "Sara". auf manchen Schaufenstern, bei denen sich die Malkolonnen der Hitlerjugend besonders angestrengt haben, prangen Galgen oder Judenfratzen, gezeichnet mit der Fertigkeit von Quartanern. Ich fahre auf dem Deck eines Autobusses den Kurfürstendamm entlang, um die Volksstimmung zu beobachten, gehe an den besudelten Schaufenstern vorbei und mische mich unter die Spaziergänger. Hin und wieder ein spöttisches Wort, manchmal eine leise Ablehnung, im allgemeinen aber Schweigen. Die Keule der Diktatur schwingt unsichtbar in der Luft, und man spürt in den "spontanen" Aktionen nur zu deutlich den Befehl der Partei. Dr. Fritz Grünfeld<sup>43</sup> kommt zu mir; seine beiden Kaufhäuser, wohl die repräsentativsten jüdischen Geschäfte Berlins, sind natürlich auch betroffen. Wir beraten, ob die Malerei entfernt werden darf. Das Selbstverständliche ist im Dritten Reich ein Problem.

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Vgl. Einleitung S. 17-19.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Dr. Fritz Vincent Grünfeld, Mitinhaber der Firma F. V. Grünfeld, mußte 1938 die familieneigenen Leinenhäuser verkaufen und emigrierte nach Palästina.